

Der Vollzugsdienst

2/2017 – 64. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Tarifverhandlungen 2017:
Was bringt uns der neue
Tarifvertrag?**

Der Justizvollzugsdienst wurde
besonders berücksichtigt

Seite 1

**Parlamentarischer Abend im
dbb Forum – Zentrales Thema:
Gewalt gegen Bedienstete**

Gefahr der Bagatellisierung
und Verharmlosung

Seite 2

**Kosten rund 80 Millionen Euro:
Passau erhält
neue Justizvollzugsanstalt**

Personalbedarf von
200 Stellen eingepplant

Seite 17



Foto: © Friedhelm Windmüller

Gemeinsame Demonstration von Beamten und Tarifbeschäftigten



Saarland



Nordrhein-Westfalen



Sachsen

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Tarifverhandlungen 2017:
Was bringt uns der neue
Tarifvertrag?
- 2 Parlamentarischer Abend im dbb Forum:
Zentrales Thema:
Gewalt gegen Bedienstete
- 3 IRZ sucht für Einsätze in internationalen
Projekten interessierte Mitarbeiter/innen
aus dem Strafvollzug
- 4 Seniorenarbeit in den
Landesverbänden auf Bundesebene
bündeln


LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 20 Berlin
- 25 Brandenburg
- 28 Bremen
- 29 Hamburg
- 32 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 42 Niedersachsen
- 44 Nordrhein-Westfalen
- 58 Rheinland-Pfalz
- 62 Saarland
- 64 Sachsen
- 67 Sachsen-Anhalt
- 69 Schleswig-Holstein
- 75 Thüringen

ENTGELTTABELLEN

- 80 TV-L Allgemeiner Teil
- 84 Übergangszahlung für Beschäftigte im
Justizvollzugsdienst der Länder, sowie im
feuerwehrtechnischen Dienst der
Freien Hansestadt Hamburg sowie des
Landes Berlin
- 84 Vollzugszulage



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundeschvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Axel Lehrer	axel.lehrer@bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 3/2017:

 **15. Mai 2017**

BSBD schulte Wahlvorstände der Justiz

An zwei Terminen hatte der BSBD Rheinland-Pfalz eine eintägige Schulungsveranstaltung für Mitglieder von Wahlvorständen der Justiz- und Justizvollzugseinrichtung angeboten.



Referent Holger Rittinger.

Foto: BSBD RLP

Ende Dezember 2016 wurde zunächst eine Veranstaltung für den Justizvollzug angeboten, am 2. Februar wurden die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der sonstigen Justiz geschult. Als Referenten standen Frau **Natascha Becker** und der Kollege **Holger Rittinger** zur Verfügung.

Beide Referenten hatten zuvor gemeinsam eine Spezialschulung in Sachen der Durchführung von Personalratswahlen besucht.

• Wahltermine sind:

8. März 2017 Justizvollzug
27. April 2017 übrige Justiz

- Gewählt werden die örtlichen Personalräte, die Bezirkspersonalräte und die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Hauptpersonalräte.

Landesvorsitzender Conrad prangert an:

Personalengpässe bestehen fort – Regierung handelt immer noch nicht

Jahresbericht des Bürgerbeauftragten zeigt schwierige Situation auf

Der Bürgerbeauftragte schreibt in seinem neuen Jahresbericht, dass er auch im Berichtsjahr 2016 vielfältige Hinweise darauf erhalten hat, dass sich die Personalsituation in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes weiterhin schwierig gestaltet. Darauf hatte er auch bereits in seinen vorangegangenen Jahresberichten 2014 und 2015 hingewiesen.

Der Bürgerbeauftragte schreibt:

„In Gesprächen mit Berufsverbänden, Personalvertretungen und den Anstaltsleitungen sowie in den Stellungnahmen zu Eingaben wurde dieser Eindruck wiederholt bestätigt. Die Begleiterscheinungen seien eine sehr hohe Zahl geleisteter Überstunden und eine im Vergleich zu den übrigen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und zur Privatwirtschaft überdurchschnittlich hohen Krankheitsquote.“

Zudem führt der Bericht weiter aus:

„Der Bürgerbeauftragte dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes, die ihren nicht einfachen Dienst mit Sorgfalt und Umsicht verrichten. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag für die

Sicherheit und für einen menschen- und zeitgerechten Strafvollzug.“

Landesvorsitzender **Conrad** kommentierte den Bericht in dem er feststellte, dass der Bürgerbeauftragte nunmehr im dritten Jahr die personellen Engpässe im Strafvollzug anprangert, die Landesregierung sich aber darum wenig schere. Vielmehr ist immer noch die Einsparung weiterer Stellen in der Planung!



Bürgerbeauftragter Dieter Burgard.

Foto: BSBD RLP

Auf den Rechtsschutz im dbb ist Verlass!

Erfahrungsaustausch mit den Anwälten des dbb Dienstleistungszentrum Südwest

In der dbb Geschäftsstelle in Mainz trafen sich die Anwälte des dbb Dienstleistungszentrums Südwest aus Mannheim mit Vertretern der Fachgewerkschaft BSBD Rheinland-Pfalz und der Steuergewerkschaft.

Malte Hestermann hatte das Treffen angeregt und dankenswerterweise auch organisiert. Als Vertreter der dbb Landesleitung nahm Kollege **Bach** an dem Gespräch teil. Der BSBD war vertreten durch seinen Landesvorsitzenden **Winfried Conrad** und dem Rechtsschutzbeauftragten des Landesvorstandes, Kollegen **Markus Stahl**. Zunächst wurde die Zusammenarbeit zwischen den Fachgewerkschaften und dem Dienstleistungszentrum erörtert.

Conrad dankte den Mitarbeitern des DLZ Mannheim für ihr Engagement und wies darauf hin, dass der angebotene Rechtsschutz für die Mitglieder ein

wichtiger Gesichtspunkt ihrer Mitgliedschaft sei. Die Anwälte konnten darüber berichten, dass eine vom BSBD RLP angeregte Idee von der Hauptstelle des Rechtsschutzes beim dbb in Berlin umgesetzt werde. Die Rechtsschutznehmer werden in einem Bewertungsbogen über ihre Erfahrungen in der Abwicklung ih-

rer Rechtsschutzangelegenheit befragt. Auch die Zuständigkeit des Dienstleistungszentrums Mannheim wurde modifiziert. Gleichgelagerte Rechtsschutzfälle mit mehreren Betroffenen werden nunmehr nur noch von den Mannheimer Anwälten betreut. Andere DLZ'S müssen nicht mehr eingeschaltet werden.



V.l.n.r. vom DLZ Mannheim, Herr Speth, Herr Naumann, Frau Wolf-Bühler, Kollege Bach dbb RLP, Kollege Bayer Steuergewerkschaft, BSBD LV Conrad und Kollege Stahl.

Foto: BSBD RLP

Hauptpersonalratswahlen:

Vertrauen, Vernunft und Weitblick zahlen sich aus

BSBD hat die Wahl zu HPR – Bereich Strafvollzug – beim Justizministerium gewonnen!

Zufriedenheit, Genugtuung und Bestätigung der hervorragenden Arbeit der Mitglieder des BSBD Rheinland-Pfalz, die für den Hauptpersonalrat kandidierten, überwogen bei der kritischen Begutachtung des Wahlergebnisses 2017.

Sechs Plätze von acht im Beamtenbereich konnten verteidigt werden, der Tarifbereich bleibt mit einem eindrucksvollen Ergebnis bei der Vertreterin der Beschäftigten **Monika Birleben** vom

BSBD. Fairness in Wahlkampf und Vertrauen in die Wählerschaft prägte den Wahlkampf des **BSBD.**

Persönliche Angriffe und populistische Äußerungen sind nicht das Niveau der größten Gewerkschaft im Strafvollzug.

Vertrauen, Vernunft und Verlässlichkeit, so lautet das Motto der Gewerkschaftler. Die Probleme und Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Strafvollzug stehen bei uns im Vordergrund. Wir sind nah an der Basis! Ein Verhalten wie bei den Mitkonkurrenten, die nur vor

anstehenden Personalratswahlen in Aktionismus verfallen, sind nicht unser Stil.

Nur Kontinuität und Weitblick zahlen sich für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen aus.

Händeschütteln, die Pflege von Kontakten zu politischen Vertretern sind nicht Selbstzweck, sondern haben nur ein Ziel: die Lage der Bediensteten im Strafvollzug zu verbessern.

Wir werden so unseren Weg weiterverfolgen! In Eurem Interesse!

Eurer **BSBD Rheinland-Pfalz**

Seminar des BSBD zum Thema Radikalisierung im Vollzug:

Islamisten auch eine Gefahr für Justizvollzug in Rheinland-Pfalz?

Fortbildung des Personals ist dringend geboten

Über zwanzig Kolleginnen und Kollegen aus den rheinland-pfälzischen Justizeinrichtungen nahmen an dem angebotenen Seminar des Landesverbandes teil. Das Thema lautete: Alter, was geht ab! Gefangene mit Migrationshintergrund in rheinland-pfälzischen Gefängnissen.

Nach Begrüßung und Vorstellungsrunde eröffnete Kollege **Holger Rittinger** die Veranstaltung mit dem Referat zum Thema: Wer bestimmt das Leben der Muslime – deutsches Recht oder die Scharia?

Die Teilnehmer zeigten sich sehr interessiert und hatten eine Menge Fragen an den Referenten. Der Nachmittag stand im Zeichen der Politik. Eingeladen war der Abgeordnete **Matthias Lammert** aus Diez, der zu dem Thema: „Antworten der Politik auf die Zunahme von Gefangenen mit Migrationshintergrund“ referierte.

Die Kolleginnen und Kollegen brachten unmissverständlich ihren Unmut zum Ausdruck, dass trotz ständig steigender Arbeitsbelastung und erhöhten Sicherheitsanforderungen die Landesregierung an dem Abbau weiterer 60 Stellen festhält. MdL **Lammert** zeigte großes Verständnis für den Ärger und Frust der Vollzugsmitarbeiter. Alle Anwesenden – auch **Lammert** – gehen von steigenden Gefangenzahlen aus. Befürchtet wird auch, dass sich durch die Zuwanderung auch die Ausländerquote hinter Gittern nach oben entwickeln wird.

Der zweite Tag stand im Fokus des Islamismus und der Radikalisierung im Justizvollzug. Als kompetenten Referenten konnte Kollege **Uwe Röhrig** – ehemaliger



Kollege **Uwe Röhrig** beim Vortrag.

BSBD-Landesvorsitzender in Hessen – gewonnen werden, dem als LtD. Regierungsdirektor die Leitung der Stabsstelle NeDis – Prävention und Deradikalisierung – im hessischen Justizministerium vor zwei Jahren übertragen wurde. Rechte und linke Radikalisierung und islamische

Extremisten im Justizvollzug fallen in den Zuständigkeitsbereich der Stabsstelle. In einem spannenden und außerordentlich informativen Vortrag wurde die Situation in Hessen und die dort getroffenen Maßnahmen dargestellt. Vorbildlich hat sich damit das Bundesland Hessen den Gefahren, die von Extremisten aller Richtungen drohen, angenommen.

Unser Bundesland – so die Seminar Teilnehmer – hat in diesem Bereich noch erheblichen Nachholbedarf. Insbesondere die Anwerbung von Mitgefangenen während der Inhaftierung für extremistische Gruppen muss unbedingt verhindert werden. Schon in der Ausbildung müssten die jungen Kolleginnen und Kollegen in Richtung der Erkennung von Anwerbeversuchen und der Zugehörigkeit zu extremistischen Gruppen geschult werden, kommentierte LV **Conrad**.

Er dankte dem Kollegen **Uwe Röhrig** für seine Bereitschaft als Referent das Seminar zu unterstützen. Es war eine große Bereicherung.



www.bsbd-rlp.de



Arbeitsgruppe Sozialer Dienst:

Wie ist das Stimmungsbild in den Sozialen Diensten?

Eine Umfrage soll Klarheit bringen!

Die Arbeitsgruppe Sozialer Dienst traf sich im neuen Jahr zur ersten Sitzung in Wittlich.

Zunächst wurde rückblickend über den Gesprächstermin mit der Abgeordneten **Eveline Lemke/Bündnis90/Die Grünen** gesprochen. Schon wenige Tage nach dem Treffen mit der Abgeordneten, die auch Mitglied der Strafvollzugskommission ist, wurde bekannt, dass Sie ihr Landtagsmandat in absehbarer Zeit zurückgibt. Somit beschlossen die AG-Mitglieder möglichst noch im Frühjahr die Nachfolgerin oder den Nachfolger von Frau **Lemke** um einen Gesprächstermin zu bitten. Um ein Stimmungsbild der Laufbahangehörigen zu erhalten, wurde festgelegt, eine Umfrage zu erarbeiten und die Kolleginnen und Kollegen der Laufbahn zu befragen. Wir werden weiter berichten.



AG Sozialer Dienst von links: Kolleginnen Grill, Genzlinger Schmidt, Kollege Enders, Kollegin Buchholz, Kollege Paulus.

Foto: BSBD RLP

- Anzeige -

Wir machen das anders als andere

Debeka Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Mit unseren über 16.000 fest angestellten Mitarbeitern/innen setzen wir uns an 4.500 Standorten immer für unsere Mitglieder ein.

Info
(08 00) 8 88 00 82 00

www.debeka.de/socialmedia

Branchen-Private Krankenversicherungen
Details unter www.debeka.de/kundenmonitor

Kundenmonitor® Deutschland 2016
TESTSIEGER
Kundenzufriedenheit

„Wir machen das anders als andere“

Bei der Debeka steht als Verein auf Gegenseitigkeit das Wohl des Mitglieds im Mittelpunkt

Was Kommunalbeamte vor mehr als 110 Jahren als Hilfe zur Selbsthilfe ins Leben riefen, hat sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt: Der Stadtsekretär Josef Funken aus Koblenz und seine Kollegen wollten nicht länger hinnehmen, dass Krankheit für Beamte zum finanziellen Fiasko führen konnte. Er gründete am 2. Juli 1905 die „Krankenunterstützungskasse für die Gemeindebeamten der Rheinprovinz“. Daraus entstand mit den Jahren nicht nur der größte private Krankenversicherer in Deutschland, sondern ein Unternehmen, das inzwischen zu den Top Ten in der deutschen Versicherungs- und Bausparbranche zählt. Die Mitglieder der Debeka sind mittlerweile nicht mehr nur Beamte: Das breit gefächerte Angebot richtet sich sowohl an Privathaushalte als auch an kleine und mittelständische Unternehmen. Die Debeka-Gruppe betreut etwa 6,9 Mio. Mitglieder und Kunden.

Warum anders?

Die zentrale Kernaussage in der Unternehmensphilosophie lautet: „Wir leben den Verein auf Gegenseitigkeit, und alle Handlungen sind auf das Wohl des Mitglieds ausgerichtet.“ Wie bei einer Genossenschaft sind Kunden hier Mitglieder und Gewinne fließen nur an sie zurück. Mit den über 16.000 fest angestellten Mitarbeitern setzt sich die Debeka an 4.500 Orten immer für ihre Mitglieder ein. Das Unternehmen hält die Verwaltungskosten weit unter dem Branchendurchschnitt. Die Debeka setzt auf anerkannte Produkte und darauf, dass ihre Mitglieder sie weiterempfehlen. Mit Erfolg: Seit Jahren hat die Debeka die zufriedensten Kunden und Bausparer, wie Tests immer wieder bestätigen. Auch in der Kundenberatung macht die Debeka vieles anders als andere: Sie setzt auf die persönliche Betreuung vor Ort.

Das heißt aber nicht, dass Digitalisierung hier kein Thema ist:

- Mit einer neuen Leistungs-App können Krankenversicherte Rechnungen und Belege einfach und direkt online an die Debeka übermitteln – eine unkomplizierte Alternative zum Postweg. Dies verbessert den Service und beschleunigt die Bearbeitung.
- Schnelle Hilfe im Ausland bietet die kostenfreie Debeka-App „Auslands-SOS“. Neben wichtigen Länderinformationen und Impfpfehlungen beinhaltet sie auch Tipps zur Ersten Hilfe sowie Reiseerkrankungen und ein weltweites Notrufverzeichnis mit Direktwahlmöglichkeit zum örtlichen Rettungsdienst. Mitglieder der Debeka-Krankenversicherung mit entsprechendem Auslandsschutz können auf den 24-Stunden-Notrufservice zugreifen.
- Auch ein Unfallmeldedienst funktioniert mit einer neuen App in Verbindung mit einem Stecker, der über Crash-Sensoren verfügt. Das automatische Notruf-System fürs Auto bietet Hilfe nach einem Verkehrsunfall und ruft im Notfall sogar den Rettungsdienst. Zudem erkennt es eine Kollision sowie deren Stärke und meldet den Unfall an eine Notrufzentrale. Bei Pannen kann man den Alarm auch selbst über die Unfallmelde-App auslösen.

Die Apps sind unter dem Suchbegriff „Debeka“ im Google Play Store und im Apple App Store erhältlich.

Der Justizvollzugsbeamte als Mensch – Teil 27

Hatte ich es nicht prophezeit? Nach der letzten Bundestagswahl (Na, wann war die noch mal, schon vergessen?) schrieb ich: Man spürt jetzt schon die knisternde Stimmung in den Landesparlamenten und hört, wie sie dort mit den Füßen scharren, weil man die nächsten Haushaltsberatungen kaum erwarten kann. Einfach mal so hineingegriffen in den Steuertopf, nach dem Motto, nach mir die Sintflut. Liebe Leser, glaubt ihr es etwa nicht? Dann hebt euch diese Posse gut auf. Politiker sind nämlich auch nur Menschen ... 2013 erhöhte die GroKo (Große Koalition) die Diäten um 10 Prozent, nachdem das Wahlervotum den beiden sogenannten Volksparteien keine andere Wahl ließ, als für eine bestimmte Zeit eine ungeliebte Liaison einzugehen. Das tat dann der rheinland-pfälzische Landtag bei der erstbesten Gelegenheit auch, die Diäten erhöhen. Bei den Haushaltsberatungen noch vor der letzten Landtagswahl (Na, wann war die noch, schon vergessen?) herrschte in dieser Frage eine parlamentarische Einigkeit wie selten zuvor. Erstaunlich, wo doch gerade in Wahlkampfzeiten die Parteien starrköpfig ihre Differenzen pflegen. Trotz meiner wahrheitsgemäßen Prophezeiung war ich enttäuscht. Anstatt der er-

hofften 10 Prozent, erhöhten sie die Diäten gerade mal um 2,3 Prozent, also exakt so viel, wie sie nach der letzten Tarifverhandlung ihren Landesbeamten im zweiten Schritt der Besoldungserhöhung gegönnt hatten, im ersten Schritt waren es nur 2,1 Prozent. Und das nach Jahren der Enthaltbarkeit. Erinnern Sie sich noch an dieses eine Prozent, von denen noch 0,2 Prozent in den sogenannten Pensionsfond abgeführt wurden. Die 2,3 Prozent, aber, vermittelten mir, einem treu dienenden Landesbeamten eher das Gefühl einer Kostendämpfungspauschale für den privaten Haushaltstopf. Freund Schorsch hatte auch auf 10 Prozent gehofft, um diese Schmach von 1 Prozent endlich vergessen zu können. So bleibt wohl nur die Hoffnung, dass das Landesparlament schon bald ihren Irrtum erkennt, die Entscheidung nach oben korrigiert und gleichzeitig mit ihren Landesbeamten solidarisch bleiben will. Ich denke da so an bescheidene 7,7 Prozent. Ich weiß, das ist weniger als 10 Prozent, aber lassen wir die Vergan-



heit ruhen, 7,7 Prozent sind mehr als 2,3. Das wäre doch ein toller Neuanfang – oder? Endlich könnte ich wieder dahinschmelzen und sagen: Mein geliebtes Rheinland-Pfalz.

Neulich fragte mich ein Japaner, wo den Mainz liege: „...in Einand or Paz?“ Ich antwortete ihm wahrheitsgemäß: „Meenz isch logaditt in Rheinhesse.“ Der Japaner grinste: „Einhesse, whats' that?“ Ich zuckte hilflos mit den Schultern, schaute auf die Uhr und sagte: „Sorry, I have not time.“ Der

Japaner verneigte sich höflich und ging seines Wegs. Wahrscheinlich dachte er, mit diesem Chinesisch finde ich niemals nach Mainz.

Ein Chinese, aber, spräche mich erst gar nicht an, weil er mir schon von Weitem ansehen würde, dass ich kein Chinesisch spreche, es sei denn, er wäre ein verdeckter Kollege aus dem Reich der Mitte und interessierte sich für das Einkommen eines deutschen Justizvollzugsbeamten und ich versuchte ihm das mit den Abgeordnetendiäten, den Beamtenbesoldungen, den Tarifverhandlungen und dem Pensionsfond zu erklären.

Euer Valentin Wächter

Landesvorstand tagte:

Gespräche mit Justizminister und Leiter der Strafvollzugsabteilung

Landesvorsitzender Winfried Conrad berichtete über die aktuelle Verbandsarbeit

Gastgeber war die **BBBank** in der Filiale Mannheim vertreten durch ihre Ansprechpartner Herrn **Neugebauer** und Herrn **Nagel** – Filialleiter der **BBBank** Mannheim.

Landesvorsitzender **Conrad** begrüßte alle, dankte der **BBBank** und stieg dann zügig in die Tagesordnung ein. **Conrad** berichtete sehr intensiv über die aktuelle Verbandsarbeit. Er berichtete über seinen Erstkontakt mit dem neuen Leiter der Strafvollzugsabteilung Herrn **Dr. Horst Hund** und einem Vieraugengespräch mit Herrn Justizminister **Herbert Mertin**. Der geplante Stellenabbau – 60 Stellen –, die Übertragung der geplanten Einführung einer freien Heilfürsorge bei der rheinland-pfälzischen Polizei auch auf den Vollzug waren zwei der Kernthemen der Beratungen.

Selbstverständlich nahm auch die Personalratswahl am 8. März einen großen Raum der Erörterungen ein. Eine kompetente und schlagfertige Kandidatenriege um den Landesvorsitzenden **Conrad**

geht ins Rennen um die sieben Beamtensitze und dem einen Sitz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In einer ausgeglichenen Wahlliste treten „alte Hasen“ aber auch neue junge Kolleginnen und Kollegen an, um die Interessen der Vollzugsbediensteten zu vertreten.

Weitere Themen waren:

- Anhebung der Gitterzulage
- Seminare 2017
- Mitgliedergewinnung
- Arbeitsgruppen im **BSBD**

BSBD und BBBank

Partner im Justizvollzug Rheinland-Pfalz



Von links nach rechts Koll. Stahl, Herr Neugebauer BBBank, Kollegen Schäfer, Kuhn, Becker, Wagner, Engelbrecht, Schallmo, Vogt, Mayer, Birlenbach und Landesvorsitzender Conrad. Foto: BSBD RLP